Recht und Justiz: Kriegsverbrechen - Mörder frei, deutscher Soldat in Haft K 3618

UN • Postfach 1826 • D-55388 Bingen (Rhein)

Juli 1998 07/98

UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

Nachrichtendienst und Mitteilungsblatt unabhängiger Freundeskreise

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit

Ins Schwarze getroffen

Nach »Tabu«-Bruch der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN attackiert Polen den Bundestag

Programmplakate der Bundestagsparteien aus den 50er Jahren

Polen will an die Milch- und Honigtöpfe der »EU«, ohne die verbrieften Grundsätze des Völkerrechts anzuerkennen und ohne die Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit der »EU«-Verträge zu akzeptieren.

Nach der Veröffentlichung kritischer Fragen dazu in den UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN (UN 6/98) warnte das polnische Parlament in einer scharfen Erklärung vor »gefährlichen Tendenzen« und forderte den Bundestag auf, die »Unantastbarkeit der polnischen Rechte an Immobilien« zu garantieren.

(Seiten 2 und 3: Sturm der Empörung, die UN soll »ausgetrocknet« werden)

»Bundestag verurteilt Vertreibung nach 1945«

Der Bundestag hat mit Regierungsmehrheit die Vertreibung von Deutschen aus Osteuropa nach 1945 als völkerrechtswidrig verurteilt. Gleichzeitig forderte die Koalitionsmehrheit ein Niederlassungsrecht für Vertriebene in Polen und Tschechien nach dem EU-Beitritt dieser Länder.

(dpa/Westdeutsche Allgemeine Zeitung WAZ, 30.5.1998)

»Gefährliche Tendenzen«?

In einer halbherzigen Entschließung vom 29. Mai 1998 bezeichnete der Bonner Bundestag die Vertreibung von Deutschen als »Unrecht und völkerrechtswidrig« sprach die Hoffnung aus, daß Polen beim »EU«-Beitritt die »europäischen Grundfreiheiten« der Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit innerhalb der »EU«-Staaten gewähren würde.

Wo ist das Problem?

- **Daß die brutale und grausame Ermordung und »ethnische Säuberung« durch Vertreibung ein unverjährbares Verbrechen war und ist, hören und lesen wir täglich von Politikern und Medien.**
- **Daß man nach einem »EU«-Beitritt Polens nicht nur in Ostdeutschland, sondern in ganz Polen Grund und Boden, Häuser und Unternehmen kaufen und dort leben kann wie in Portugal, Irland oder Griechenland, ist ja ein Kernpunkt der sogenannten Europäischen Union.**
- **Daß die Annektion von Landesteilen, die von Kriegssiegern zur vorläufigen Verwaltung übergeben wurden, völkerrechtswidrig war und ist, bestätigen alle Völkerrechtsabkommen und UNO-Resolutionen. Daran ändern auch »ungleiche Verträge« und »Grenzanerkennungsabkommen« nichts, die völkerrechtlich nichtig sind.**
- **Niemand will die heute bestehenden Grenzen gewaltsam ändern, kein Deutscher beansprucht polnisches Eigentum.**

Alles höchst banal und selbstverständlich.

Kaum einer nahm die Bundestags-Entschließung vom 29. Mai 1998 zur Kenntnis. Erst als wir Ende Juni mit der UN 6/98, mit Sonderdrucken (»Auf dem Stundenplan«, Folge 25) und Plakaten in großer Auflage eine breite Öffentlichkeit, Botschaften, Parteien, Schülerzeitungen, Vertriebenenverbände und Deutsche Freundschaftskreise in Ostdeutschland über diese halbherzige Entschließung unterrichteten, brach ein Sturm der »Empörung« los. Wenige Tage nach Erscheinen der UN 6/98 protestierte das polnische Parlament am 3. Juli in »scharfer Form« gegen »Zweideutigkeiten und gefährliche Tendenzen« der Bonner Entschließung vom 29. Mai.

Im bundesdeutschen Blätterwald rauschte es: Die Massenmedien, die sich Ende Mai meist mit 6-Zeilen-Meldungen begnügt hatten (siehe oben), brachten nun Schlagzeilen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger, Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentarierkommission, bemühte sich um Schadensbegrenzung: In Warschau könne ***»man sicher sein, daß niemand in Bonn die polnische Westgrenze oder polnische Eigentumstitel antasten wolle«*** (SZ, 4.7.1998). Kein Mensch will das, wir kennen jedenfalls niemanden, auch keinen UN-Leser, der das fordert. Aber:

Die »UN« soll »ausgetrocknet« werden

Da es auch in Bonner Amtsstuben volks- und rechtsbewußte Deutsche gibt, die trotz Existenzangst still und heimlich die UN lesen und fördern (...»Bitte mit privatem Absender senden ...«), erfuhren wir, daß man bei höchsten Stellen von Regierung und Opposition gemeinsam alle nur denkbaren Mittel und Wege sucht, nun endlich die »störende« Aufklärungsarbeit der Zeitschrift »Unabhängige Nachrichten« zu »unterbinden und auszutrocknen«. Da man dies mit Mitteln der politischen Strafjustiz offenbar nicht schafft (jede UN-Ausgabe wird von fach- und sachkundigen Rechtsanwälten Wort für Wort geprüft und »freiwillig vorzensiert«), kündigte uns die bundeseigene Postbank im Herbst 1997 nach fast 20 Jahren Kundentreue ohne ein Wort der Begründung das Konto. Wir kapitulierten - mit Hilfe unserer Leser! - nicht.

Warten wir gelassen den nächsten Versuch ab, die vom Grundgesetz garantierte Presse- und Meinungsfreiheit zu »unterbinden«.

Mit Ihrer, unserer Leser Hilfe werden wir die demokratischen Grundrechte verteidigen - oder eines Tages gemeinsam feststellen, daß dies in der Bundesrepublik D nicht mehr möglich ist.

Je bekannter SIE die UN machen, damit möglichst viele Deutsche sich ein eigenes Urteil bilden können, desto schwerer wird es den Meinungszensoren fallen, die UN »auszutrocknen«.

Alle Fraktionen im Warschauer Parlament einig

Polen attackiert Bonner Vertriebenen-Resolution

„Erklärung des Bundestags vom 29. Mai enthält Zweideutigkeiten und gefährliche Tendenzen"
Sejm-Abgeordnete befürchten vor allem Entschädigungsansprüche / Warnung vor deutscher Übermacht

tu Berlin (Eigener Bericht) – Zwischen dem Bundestag in Bonn und dem polnischen Parlament in Warschau ist es zu einer Kontroverse wegen der deutschen Heimatvertriebenen gekommen. Der Sejm verabschiedete am Freitag mit überwältigender Mehrheit eine scharf formulierte Erklärung, in der die Bundestagsresolution von Ende Mai zur Vertreibung kritisiert wurde. In dem Text – nur zwei Abgeordnete enthielten sich – werden den deutschen Parlamentariern „Zweideutigkeiten" und „gefährliche Tendenzen" vorgeworfen. Deutschland-Experten im polnischen Parlament äußerten indes die Hoffnung, daß die Beziehungen beider Staaten, die heute so gut seien wie nie zuvor in diesem Jahrhundert, sich weiterhin konstruktiv entwickeln würden.

In der Bonner Resolution, die der Bun-

Polens Parlament kritisiert Entschließung des Bundestages

Gegen Einbeziehung der Vertriebenen in Zusammenarbeit Deutschlands mit den Nachbarn im Osten

M.L. WARSCH
sche Abgeordneter
Freitag mit überwä
Entschließung des
vom 29. Mai als „z
lich" kritisiert. Da
Einbeziehung der
benen, der Aussie
Minderheiten in
beim Zusammenw
seinen östlichen N
und die Hoffnun
mit dem Beitritt
blik und Polens z
Lösung bilaterale
– einschließlich
keit und Nieder
hinaus hatte der

Polen empört über Beschluß zu Vertriebenen

WARSCHAU (dpa) Zwischen Bundestag und polnischem Parlament ist es zu einem Streit über die Heimatvertriebenen

gekommen. Das Abgeordnetenhaus in Warschau wies am Freitag eine Bonner Entschließung in deutlicher Form zurück. Darin war mit den Stimmen der Bonner Koalition die Vertreibung Deutscher nach 1945 „völkerrechtswidrig" genannt worden.

gestanden. Sie
r auch, daß durch die Resolution
des deutschen Parlaments möglicherweise

Bundestag verärgert Warschau

Parlamentarier kritisieren Vertriebenen-Resolution

In scharfer Form wie seit der demokratischen Wende seit neun Jahren nicht mehr haben Polens Parlamentarier auf eine Bundestags-Entschließung reagiert.

auch den deutschen Heimatvertriebenen das Recht auf Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit einräumen würden.

Nun spart der Sejm, das polnische Abgeordnetenhaus, in einer gestern verabschiedeten eigenen Entschließung nicht

Beobachter werten die Entschließung vor allem als Zeichen des Sejm, um Sorgen in der polnischen Bevölkerung zu begegnen. Weil die Bundestags-Erklärung faktisch nichts Neues enthält, da in EU-Mitgliedsländern ohnehin Freizügigkeit

Schlagzeilen der Tageszeitungen vom 4./5. Juli 1998

»Wer sich wie ein Wurm krümmt, wird wie ein Wurm getreten«

Warum diese Aufregung? Der Bundestag hat absolut nichts Neues gesagt und nur Selbstverständlichkeiten festgestellt. Welch einen Ausbruch hätte es wohl gegeben, wenn der Bundestag seinen heiligen Schwüren von 1950 treu geblieben wäre? Waren alle Bonner Parteien damals »rechtsextremistisch«? Recht und Unrecht wandeln sich nicht durch Fortbestehen ins Gegenteil!

Feierliche Erklärung des Deutschen Bundestages

»Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands. Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben.«

Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages mit Ausnahme der KPD am 13. Juni 1950

Wie andere ihre Deserteure behandeln

(Natürlich dementiert!)

In der »Canossa-Republik« Deutschland (so bezeichnet vom litauischen Staatspräsidenten Meri) werden zur Zeit Denkmäler für Deserteure errichtet, Verurteilungen aufgehoben, Renten und Entschädigungen für Widerständler und Soldaten gezahlt, die ihren Eid brachen.

Wie andere Staaten mit Deserteuren umgehen, berichteten einige mutige Tageszeitungen im Juni 1998 und das Magazin »FOCUS« in Nr. 25/1998 vom 15.06.98. Ausschnitte:

USA

Deserteure vergasen

Im Vietnamkrieg hielt Washington Überläufer für gefährlicher als Vietcongs oder Russen

Die Lähmungen in Armen und Beinen wird Mike Hagen kaum noch los. „Unsere Regierung behauptet, es war ein Stoff, der dich kampfunfähig macht", meint der Vietnamveteran bitter. Doch das sei gelogen. Vom Arzt hat Hagen erfahren, woran er wirklich leidet: an irreparablen Schäden, verursacht durch Nervengas.

Hagens Tragödie begann vor 28 Jahren, 100 Kilometer westlich der vietnamesischen Grenze im dichten Dschungel von Laos. Der junge Soldat gehörte zu einer geheimen Eliteeinheit der US-Armee. Der Name der Einheit klang unschuldig wie ein Club für Erwachsenenbildung: "Studien- und Beobachtungsgruppe" (SAG). Doch ihre Auftrag war gefürchtet: Sie sollte Deserteure aus den eigenen Reihen aufspüren und töten.

So war das auch im September 1970. Hagens Trupp hatte ein Dorf mit mutmaßlichen Überläufern entdeckt. Das SOG-Team trug Schutzmasken und hatte Atropin-Pillen bereit, als US-Bomber ihre Todesfracht abwarfen - "Schlafgas", wie es offiziell hieß. Heute weiß Hagen, daß es Sarin war. (...)«

»Die Lähmungen an Armen und Beinen wird Mike Hagen kaum noch los. "Unsere Regierung behauptet, es war ein Stoff, der dich kampfunfähig macht", meint der Vietnamveteran bitter. Doch das sei gelogen. Vom Arzt hat Hagen erfahren, woran er wirklich leidet: an irreparablen Schäden, verursacht durch Nervengas.

Hagens Tragödie begann vor 28 Jahren, 100 Kilometer westlich der vietnamesischen Grenze im dichten Dschungel von Laos. Der junge Soldat gehörte zu einer geheimen Eliteeinheit der US-Armee. Der Name der Einheit klang unschuldig wie ein Club für Erwachsenenbildung: "Studien- und Beobachtungsgruppe" (SAG). Doch ihre Auftrag war gefürchtet: Sie sollte Deserteure aus den eigenen Reihen aufspüren und töten.

So war das auch im September 1970. Hagens Trupp hatte ein Dorf mit mutmaßlichen Überläufern entdeckt. Das SOG-Team trug Schutzmasken und hatte Atropin-Pillen bereit, als US-Bomber ihre Todesfracht abwarfen - "Schlafgas", wie es offiziell hieß. Heute weiß Hagen, daß es Sarin war. (...)«

SPIEGEL DER ZEIT

Acht Monate lang hatten Mitarbeiter des US-Nachrichtensenders CNN die geheimen Kriegsmethoden der USA in Vietnam durchleuchtet. Also keine überstürzte journalistische Sensationsmeldung. Selbst ein 1970 aktiver Admiral, Thomas Moorer, räumt danach den Einsatz des Nervengases Sarin im Vietnamkrieg ein. Mehr als 20mal soll die US-Armee Sarin verwendet haben: nicht nur gegen den Feind, auch gegen Deserteure.

Der »FOCUS« weiter:

»Die Operation "Tallwind" so der Codename der SOG-Operation, war laut CNN vom Weißen Haus und dem CIA abgesegnet. Zunächst sollte Sarin bei der Rettung abgeschossener Soldaten als "letzte Verteidigung" gegen anrückende Vietcongs dienen. "Da war jede Waffe recht", meint der Ex-Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte Thomas Moorer. Doch als sich plötzlich GIs von der Truppe absetzten, blieb es nicht mehr bei Rettungseinsätzen. "Es war fürs Überleben wichtiger, Deserteure zu töten als Russen oder Vietnamesen", schildert SOG-Kommandeur John Singlaub CNN: "Ihr Wissen hätte vernichtend sein können" (...)«.

Alles nicht wahr.

Nachdem selbst die »Washington Post« schrieb, »Clinton ächtet den Irak dafür, daß er die gleichen Waffen geheimhält«, »untersuchte« Verteidigungsminister Cohen den Fall. Ergebnis: Es sei Tränengas gewesen. CNN entschuldigte sich, zog den Bericht zurück, entließ zwei Mitarbeiter und erteilte dem während des Golfkrieges mit seinen Berichten aus Bagdad weltweit bekanntgewordenen Korrespondenten Peter Arnett einen »Verweis«.

Bundeswehrsoldaten unter US-amerikanischem Oberbefehl sollten es sich bei den vorgesehenen weltweiten Einsätzen merken: es ist nur Tränengas ...

Sammelanschrift: UN - Unabhängige Nachrichten • Postfach 1826 • D-55388 Bingen (Rhein)

Herausgegeben im Auftrag und in Zusammenarbeit der Unabhängigen Freundeskreise vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten • Postfach 40 02 15 • D-44736 Bochum. Erscheinungsort, Verlag und Schriftleitung: Alstadener Str. 49 • D-46049 Oberhausen (Ruhr). Satz und Layout: WoBo-Design, Bochum

Alleinverantwortlich i.S.d.P.: Annemarie Kunz (Seiten 1 - 3) • Kurt Haußmann (Seite 4) • Martin Voigt (Seiten 5 - 8) Klaus Frühling (Seiten 9 - 10) • Bruno Unger (Seiten 11 - 12)

Kein gewerbliches Unternehmen - Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich - Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme - Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 2.- DM je Ausgabe einschl. Porto - Druck: Eigendruck, Nachdruck erwünscht

Unabhängige Nachrichten, Ausgabe Juli 1998, Seiten 5-8

Recht und Justiz

Deutscher Rechtsschutzkreis DRsK e.V., Postfach 400215, D-44736 Bochum
Vereinigung zur Abwehr politischer Justiz im Sinne des großen deutschen Strafverteidigers Prof. Dr. Friedrich Grimm (1888 - 1959)

Ein deutscher Soldat wurde 1998 in Italien wegen Beteiligung an einer Geiselerschießung vor 54 Jahren zu lebenslanger Haft verurteilt.
Die Partisanen-Mörder, die 33 Südtiroler Polizeisoldaten und 10 italienische Zivilisten umbrachten, wurden bis heute nicht verfolgt.

Wenn RECHT nicht zum HOHN werden soll,

ist das neue Internationale Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag gefordert, diese Mörder ausfindig zu machen und zu bestrafen!

Auch dieser italienische Junge mit dem Namen Piero Zuccheretti, 13 Jahre alt, dessen abgerissenen Oberkörper dieses Foto zeigt, war ein Opfer des feigen Partisanen-Bombenanschlags italo-kommunistischer Partisanen an der Via Rasella in Rom am 23. März 1944.
Die Namen der Mörder sind uns bekannt: Rosario Bentivegna, Carla Capponi und Pasquale Balsamo.

Wir fordern einen Freispruch für den 84-jährigen Deutschen Erich Priebke, der ausschließlich auf Druck der Straße und mächtiger Kreise aus politischen Gründen für eine Geiselerschießung nach Kriegsrecht verurteilt wurde!

Die italienische Hilfsorganisation »Associazione Uomo e Libertà« (»Mensch und Freiheit«), die sich für den zu unrecht verurteilten Deutschen Erich Priebke einsetzt, hat eine Anzeige und einen Aufruf, u.a. an den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, veröffentlicht und uns gebeten, diesen zu verbreiten.

Associazione Uomo e Libertà
Via Cardinal Sanfelice N. 5 - 00167 ROMA - ITALIA
TEL. (06) 47821743 (R.A.) TELEX (06)47821742

An den Präsidenten
der Republik Italien
Piazza del Quirinale
00100 Rom

An den Präsidenten
der Bundesrepublik Deutschland
Schloss Bellevue-Spreeweg 1
10557 Berlin

An den Generalsekretär
des Europarates
67075 Strassburg-Frankreich

An den Präsidenten
der parlamentarischen Versammlung
des Europa Rates
67075 Strassburg-Frankreich

Anzeige wegen mehrfacher und fortgesetzter Rechtsverletzungen zum Nachteil des Herrn Erich Priebke, welche bereits Gegenstand verschiedener Anfragen durch folgende Mitglieder des italienischen Parlaments gewesen sind:

Sen. Michele Amorena Sen. Walter Bianco Sen. Guido Brignone On. Ettore Bucciero Sen. Giuseppe Cecccato On. Sergio Cola Sen. Adriano Colla Sen. Massimo Dolazza On. Enzo Fragalà Sen. Luciano Gasperini Sen. Luciano Lago Sen. Donato Manfroi Sen. Alfredo Mantica Sen. Luigi Peruzzotti Sen. Antonio Serena Sen. Massimo Wilde

Wohlbekannt für seinen Einsatz um die Erziehung der jungen Argentinier, stets darauf bedacht den jungen Menschen eine bessere Zukunft zuzusichern, hatte Erich Priebke seine Vergangenheit nie verheimlicht, als er in Argentinien, infolge einer Sensationsreportage, die mit unwürdigen Spekulationen verbunden war, verhaftet wurde. Gegen ihn wurde ein Auslieferungsersuchen eingereicht mit der Anklage auf mehrfachen Mord, eine Straftat, die in Argentinien nach 14 Jahren verjährt. Unter Missachtung jener Grundprinzipien, die die Menschen in einem Rechtsstaat schützen sollen, umging die argentinische Regierung die Verjährung der Straftat, indem sie die Auslieferung aufgrund einer ganz anderen als der von der italienischen Regierung vorgebrachten Anklage gewährte, nämlich ,,Völkermord".

All dies scheint jedoch innerhalb eines undefinierbaren Zusammenhanges genau vorbereitet gewesen zu sein. Da der Rechtsbegriff ,,Völkermord" erst durch das Gesetz vom 9 Oktober 1967 -Nr.962-, in das italienische Strafgesetzbuch aufgenommen worden ist, hätte Erich Priebke nicht für diese Straftat angeklagt werden können, aufgrund des universellen Prinzips, das die rückwirkende Wirksamkeit eines Strafgesetzes verhindert. Ein Prinzip, das auch im Artikel 25 der italienischen Verfassung verankert ist.

So wurde Erich Priebke, als Ergebnis all dieser Machenschaften und in Mißachtung internationalen Rechts, unerklärlicherweise in Italien der Prozeß gemacht und zwar wegen eines anderen Verbrechens als jenem, das der Auslieferungsforderung zugrunde lag: mehrfacher Mord.

Generalfeldmarschall Kesselring, der im März 1944 in Italien den Befehl zur Sühnemaßnahme in den Ardeatinischen Höhlen erteilt hatte, lebte nach kurzer Haft wieder als freier Mann. Wie fraglich jene Entscheidung auch gewesen sein mag, so kam sie doch aus Berlin und war eine Antwort auf einen Terroranschlag. - Fünf Kameraden Erich Priebkes, davon zwei seiner Vorgesetzten, die der gleichen Straftat bezichtigt wurden, waren bereits 1948 von aller Schuld freigesprochen worden. Selbst Obersturmbannführer Kappler wurde nicht wegen der Durchführung der Maßnahme verurteilt, sondern weil er 15 Geiseln mehr hatte erschießen lassen. Sollte nicht ,,das Recht für alle gleich sein?" Nach seiner Festnahme wurde Erich Priebke in Italien in verletzender Weise behandelt, was sogar von einigen Verwandten der Opfer der Ardeatine. Höhlen betont worden ist. Trotz seines hohen Alters und in Erwartung des Gerichtsverfahrens ins Gefängnis verbannt, wurde er am 3.4.96 vom Untersuchungsrichter, vom Staatsanwalt und einer Vielzahl von Rechtsanwälten der Nebenkläger verhört. Das Verhör gestaltete sich zu einen psychologischen Trommelfeuer und führte zu einer permanenten Verschlimmerung der ischämischen Pathologie des über Achtzigjährigen. Diese Pathologie blieb unerklärlicherweise lange Zeit unbekannt und ermöglichte den Verantwortlichen die Haftentlassung Erich Priebkes zu umgehen. - Am 1. August 1996, nachdem er vom Römischen Militärgericht freigesprochen worden war, wurde Erich Priebke von einer Extremistengruppe als Geisel festgehalten, zusammen mit dem Richterkollegium und seinem Anwalt. Statt freigelassen zu werden, wie es sein Recht gewesen wäre, wurde er durch die Intervention des Justizministers in das Gefängnis Regina Coeli überführt und verschärften Haftbedingungen unterworfen.

Die höchsten Vertreter des italienischen Staates nahmen offiziell Stellung gegen das Urteil, während die Richter, die ihn freigesprochen hatten, einem Disziplinarverfahren unterzogen wurden.

Es ist somit offensichtlich, daß in diesem Fall die Urteilsfreiheit des neuen Richterkollegiums stark beeinträchtigt worden ist, durch diesen Druck, der sich eindeutig als nötigendes Element auf dessen psychologische und moralische Unabhängigkeit ausgewirkt hat. Keinem Richter sollte es mehr möglich sein, ein unvoreingenommenes Urteil zu fällen - aufgrund der konkret bestehenden Gefahren für seine Person, seine Karriere und seine Angehörigen. In absoluter Isolationshaft, war Erich Priebke nun ganz allein in Italien, jeglicher Besuch war untersagt worden, die Post wurde zensiert, kein Ausgang an frischer Luft und trotz des nunmehr kühlen Klimas war er gezwungen, sich mit kalten Wasser zu duschen. Den Bemühungen seiner Verteidiger gelang es schließlich, daß er wieder in die Militärhaftanstalt Forte Boccea verlegt wurde und bald danach zum Kloster der Franziskaner in Frascati. Auf Grund der übertriebenen Anzahl von Bewachungskräften im Kloster selbst, sahen sich die Mönche gezwungen, ihre Gastfreundschaft zu kündigen, so daß Erich Priebke am 19.10.97 das Kloster verlassen mußte. Als letzte psychische Grausamkeit wurde er im Militär- Krankenhaus Celio in Rom, in das er ohne sein Einverständnis gebracht wurde, tagelang ohne Nahrung gelassen!

Erich Priebke ist seitens der italienischen Gerichtsbarkeit 3 Verfahren unterzogen worden, jedes eine Verschlechterung des vorhergehenden. Zum Abschluß des letzten Prozesses am 7.3.98, als letzte massive Einschüchterung seitens der

mächtigen ,,Rache"-Lobby, hat man paradoxerweise die Anerkennung jedes mildernden Umstandes verweigert, nur um das schon vorgesehene Urteil: ,,Lebenslänglich" aussprechen zu können und somit die Verjährung zu umgehen, die ansonsten dem italienischen Gesetz nach unvermeidbar gewesen wäre. Man hat also so gehandelt, als ob man nicht wisse, daß Erich Priebke am Massaker der Ardeatine Höhlen aufgrund eines höheren Befehls beteiligt war, zu Kriegszeiten, und sicher nicht aus eigenem freien Willen. Dies alles angesichts der Tatsache, daß die Urheber und Verantwortlichen von Hiroshima und Nagasaki und weiterer Dutzend ähnlicher Untaten, nicht einen Tag in Haft gewesen sind; wenn sie nicht sogar, wie dies in vielen Fällen geschah, ausgezeichnet wurden, weil sie vorbehaltlos ,,ihre Pflicht" erfüllt hatten.

Noch heute unterliegt Erich Priebke unverhältnismäßig strengen Maßnahmen der Polizei, die dazu abgestellt ist, ihre Tätigkeit in ganz unrechtmäßiger Weise auszuüben, ihn - und den ganzen Bezirk, in dem er hinter Gittern lebt - zu demütigen und zu stören.

Der deutsche Staat, in dem er geboren ist, will ihn heute, - nachdem er ihm vor einem halben Jahrhundert über eine der damals höchsten politisch-militärischen Hierarchien einen furchtbaren Befehl erteilt hatte - mit doppelzüngiger Falschheit den Prozeß machen, weil er eben diesen Befehl ausgeführt hat. Trotz 50 Jahre harter Arbeit, ohne auch nur die Andeutung unrechtmäßigen Handelns, ist Erich Priebke aus Argentinien ausgewiesen worden, was ihn ungeachtet der 60 Jahre Ehe, nun zur Trennung von seiner kranken Ehefrau und seiner Familie zwingt.

In der sog. ,,zivilisierten Welt" ist er heute der einzige Mensch, der -über achtzigjährig- seit mehr als vier Jahren die Einschränkung seiner Freiheit ertragen muß. Dabei in Erwartung des Gerichtsverfahrens, welches eine sinnlose Belastung für den italienischen Staat verursacht, die sich bereits auf ca. 20 Milliarden Lire beläuft. Im Grunde geht es nicht mehr darum, wer der Mensch Priebke ist und was er tatsächlich getan hat, es gilt nurmehr, daß er für das büße, was man ihm zuschreiben will, für das, was man aus ihm machen will.

Diese ganze Geschichte ist nach 50 Jahren seitens derjenigen, die ein Interesse daran haben, wieder aus der Versenkung geholt worden, um alte Wunden aufzureißen und soziale Zerwürfnisse zu verursachen. Hinter den Kulissen einer solchen Verfolgung versteckt sich - für denjenigen erkennbar, der zwischen den Zeilen zu lesen vermag -die gleiche Regie jener extremistischen Zusammenhänge, deren Ziel es ist, den Friedensplan im Nahen Osten aufzuhalten. Es handelt sich um jene Offensive, die in der Ermordung des israel. Premierministers Itzhak Rabin ihren Höhepunkt erreicht hat und -wie andere in der Vergangenheit- den Prozeß ,,Priebke" hochgespielt hat, um weiterhin Hass zu verbreiten und den Extremismus zu schüren.

Wir bitten deshalb um den Beistand Ihrerseits, auf daß dieser Willkür ein Ende gesetzt werde und bitten Sie, eine unmißverständliche Verurteilung dieser Rechtsverletzungen sowie eine Verurteilung dieser Aberkennung von Gerechtigkeit auszusprechen - jenem Vorgehen also, die der allgemein anerkannten Auffassung von Gleichheit, Einheitlichkeit und Allgemeinheit der sittlichen und rechtlichen Grundsätze der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz widersprechen.

Name / Nachname	Titel o. Beruf	Adresse	Unterschrift

Unterzeichnete Unterschriftenblätter leiten wir an die »Associazione Uomo e Libertà« weiter.
Helfen Sie bei der Verbreitung dieser Eingabe, machen Sie Fotokopien für Ihre Freunde und Bekannten oder fordern Sie Unterschriftsblätter an beim
DRsK e.V., Postfach 400215, D-44736 Bochum.

Verlag und Druck: Wegeor-Werbedienst GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

Fünfzig Deutsche für einen Franzosen:

Kriegsrecht oder (Nach-)Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit?

Gouvernement Militaire Français

Tuttlingen, le 1. mai 1945.

Avis à la Population!

La Population de Tuttlingen est avisée que chaque acte de sabotage contre les troupes d'occupation entrainera les plus graves sanctions.

Pour chaque soldat Français qui sera tué, 50 otages seront fusillés.

Les noms des otages sont fixés.

Gouvernement Militaire Français:

Der Bürgermeister Tuttlingen, den 1. Mai 1945.

Bekanntmachung.

Die Einwohnerschaft wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß jeder Akt einer feindseligen Handlung gegen die Besatzungstruppen die schwersten Folgen nach sich ziehen wird.

Für jeden französischen Soldaten der getötet wird, sind 50 Geiseln zu stellen, die erschossen werden.

Die Namen der Geiseln sind festgelegt.

Der Bürgermeister:
gez. Zimmermann.

Dieses Dokument wurde 1997 im Museum der Stadt Tuttlingen (Baden-Württemberg) ausgestellt. Nach Bekanntwerden unseres Interesses im Juni 1998 »existieren keine Unterlagen im Museum«

Foto vom Original: UN-Archiv 7981

Bei den Geiselerschießungen 1944 in Rom, für die der deutsche Soldat Erich Priebke wegen (vom Befehlshaber befohlener) Beteiligung jetzt zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde, lautete die Anweisung 1:10.

Wenn Verbrechen gegen die Menschlichkeit unverjährbar sind, gilt gleiches Recht für alle Völker und für alle Zeiten!

UN UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN • Sonderdruck 987
Postfach 18 26 • D-55388 Bingen (Rhein) • Leseprobe aus der Monatszeitschrift UN 07/98, Seite 9

Deutschland ist kein Einwanderungsland!

Selbst die CDU wagt es nicht mehr, dies klarzustellen und damit den Willen der großen Mehrheit und das Wohl unseres Volkes zu vertreten!

Wir fordern deshalb alle Deutschen auf, in aller Öffentlichkeit offen und mutig, nüchtern und sachlich diese Forderung zu bekräftigen und für die Abwahl aller Parteien zu sorgen, die die Zerstörung der nationalen Identität unseres und auch aller anderen Völker (mit einer Ausnahme!) betreiben!

Nach wie vor kommen pro Jahr über 100.000 Flüchtlinge ohne Asylanspruch. Kaum 5 % haben anzuerkennende Gründe. Bei der Organisierten Kriminalität beträgt der Ausländeranteil 60,1 %, bei der allgemeinen Kriminalität 27,9 %. Rund 24 % aller Sozialhilfeempfänger sind Ausländer. 12,5 % aller Arbeitslosen (in den alten Bundesländern 17,7 %) sind Ausländer, also über eine halbe Million. Wollen wir warten, bis unser soziales Netz - auch für Deutsche! - ganz zusammenbricht?

Deutschland ist kein Einwanderungsland!

»Rechtsextremes Gedankengut«?«

Selbst die CDU/CSU hat es nicht mehr gewagt, diesen Grundsatz in ihr Wahlprogramm zur Bundestagswahl aufzunehmen. So groß ist inzwischen die Furcht und Angst vor den gehässigen Angriffen der rot-gelb-grünen »Demokraten«, die eine solche im dichtbesiedeltsten Land Europas selbstverständliche Forderung als »rechtsextremistisches Gedankengut« bezeichnen.

Dazu Peter Gauweiler in der »Welt am Sonntag« vom 5.7.1998 (Auszüge, Hervorhebungen von uns):

»Wir sind kein Einwanderungsland!«

»Die Tendenz, daß das europäische Deutschland sich aufgeben soll, hat einen neuen Namen gefunden: Deutschland als Einwanderungsland des 21. Jahrhunderts. Die Frage sei mit der Bundestagswahl entschieden, heißt es. Also Fortsetzung der Zuwanderung wie bisher. Deutschland auf dem Weg zu seiner Nachgeschichte.

Natürlich steckt hinter der Idee hirnverbrannter Blödsinn: Deutschland ist schon heute der dichtbesiedeltste Staat Europas (außer Monaco). Auf einem Quadratkilometer leben in der Bundesrepublik doppelt so viele Menschen wie in unserem Nachbarland Frankreich. Wer soll wohin noch einwandern, wenn heute selbst schon Siedlungsgebiete für Einheimische oft am Protest gegen Flächenverbrauch scheitern? Um wieviel Fläche sollen unsere Städte sich noch ausweiten, auf wieviel Hektar der Siedlungsbrei in Zukunft sich erstrecken?

Anfang der 80er Jahre lebten in der alten Bundesrepublik rund 4,5 Millionen Ausländer, die damals einen Bevölkerungsanteil von 7,5 % ausmachten. Diesen Ausländeranteil hielt die damalige **Bundesregierung von SPD und FDP** für schon hochproblematisch und beschloß am 11. November 1981:

"Es besteht Einigkeit, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll. Das Kabinett ist sich einig, daß für alle Ausländer außerhalb der EG ein weiterer Zuzug unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten verhindert werden muß."

In den letzten Monaten seiner Amtszeit, im November 1981, hat Bundeskanzler **Helmut Schmidt** folgendes erklärt:

"Mit weit über vier Millionen Ausländern ist die Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft erschöpft, wenn nicht ganz große Probleme entstehen sollen. ... Mehr als 4,5 Millionen können wir nicht mit Anstand verdauen."

Wir fragen uns: Ist das alles heute plötzlich nicht mehr wahr? UN

Deutschland hat seit 1990 mehr Menschen aufgenommen als die Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien zusammen. Die USA haben 1991 durch ein Einwanderungsgesetz ihre Einwanderungszahl auf unter 200.000 Personen beschränkt. In unserem Land betrug allein im gleichen Jahr der faktische Zuwachs das Doppelte.

Das heißt nicht, daß wir nicht von Einwanderungsländern lernen könnten: Die USA, Kanada und Australien legen an die Gestattung der Einwanderung - im Gegensatz zu uns - strenge Maßstäbe an: den Beruf, den Familienstand, ein straffreier bisheriger Lebenswandel, die Fähigkeit, sich selbst zu ernähren und unterzubringen, den Aufenthalt nur auf Zeit und neben den bestehenden Fachkenntnissen ein nachgewiesenes vorhandenes Vermögen bzw. Guthaben.

Es ist in der Tat nicht zu begreifen, daß die Interessen unseres eigenen Landes bei der Einwanderungs-Propaganda überhaupt keine Rolle spielen, sondern die klammheimliche Freude, was man den eigenen Landsleuten nicht noch alles auflasten könnte.

Zu einem Zeitpunkt sich verschärfender innerer sozialer Verteilungskämpfe stellt der Zeitgeist die Forderung auf, aus der ganzen Welt Armut auch noch zu importieren.

Welche nicht nur wirtschaftlichen Probleme mit der Propagierung von Massen-Einwanderungen in großer Zahl verbunden sind, hat vor nicht allzu langer Zeit der Deutsche Bundestag (im Juni 1996) auf Initiative - man höre und staune - der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE deutlich gemacht. Allerdings ging es damals nicht um das dichtbesiedelte Deutschland, sondern um das relativ menschenleere Tibet: gegen ***"die planmäßige Ansiedlung von Chinesen in großer Zahl, um die tibetische Bevölkerung zurückzudrängen".***

Diese massenhafte Ansiedlung würde den Tibetern - so die GRÜNEN ganz treuherzig und staatstragend - "ihre kulturelle und religiöse Identität" nehmen und ihre "ethnische Selbstbestimmung".

Von der "ethnischen Selbstbestimmung" der Deutschen, also dem Recht, einer sprachlich und kulturell einheitlichen Volksgruppe anzugehören und von der Souveränität der Mitglieder der Kultur- und Lebensgemeinschaft über sich selbst ist gar nichts zu hören. Diese Selbstbestimmung hat in den letzten Jahren immer weniger existiert. (...)

Deutschland ist kein Einwanderungsland. Es fehlen uns in der ohnehin überfüllten Mitte Europas alle geographischen, räumlichen und ökonomischen Voraussetzungen. Wir wollen und können bei uns keine Einwanderer-Nation aufbauen, wie es in Amerika und Australien geschehen ist. **Übrigens erst nach dem gewaltsamen Aussterben derer, die das Land zuvor bewohnt hatten.**

Weil aber alle Übel auf böse Absichten zurückgeführt werden, sollen bei uns die offenkundigen Mißstände, die als Folge der ach so guten Absichten dieser Bestrebungen entstehen, nicht beim Namen genannt werden: Wachsende Kriminalität, Ghettobildung, Sozialmißbrauch.

Tatsächlich hat Deutschland die Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit erreicht und wartet auf die Hilfe aller seiner Volksvertreter, diese Tatsache endlich einzusehen.«

Der Verfasser dieses Beitrages, Peter Gauweiler, ist CSU-Mitglied.

***Wir* sind überzeugt, Deutschland wartet vergeblich auf die Hilfe aller dieser »Volksvertreter«, wenn es sie nicht endlich radikal (von »radix«, an die Wurzel gehend) austauscht!**

Die Indianer
konnten die Einwanderer nicht stoppen.

Jetzt leben sie in Reservaten.

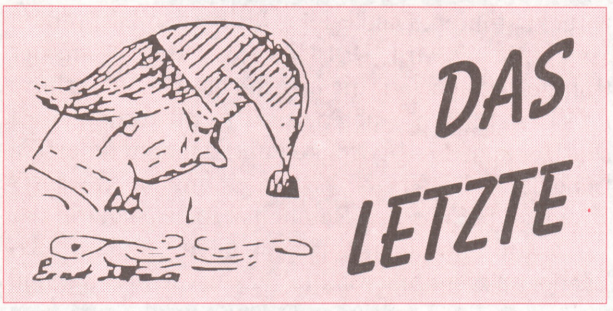
Wenn *SIE* Ihren Kindern das ersparen wollen, wehren Sie sich!

UN • Postfach 1826 • D-55388 Bingen

(Als Aufkleber erhältlich)

Verteilt/überreicht durch:

Zwei- oder vierseitige Sonderdrucke aus der »UN« mit oder ohne Eindruck können von jedem selbst hergestellt oder angefordert werden.



Herrliche Zukunft:

Selbstverständlichkeiten führen zur Anzeige wegen »Volksverhetzung«

»München (ap), 3.7.1998: Die CSU hat die Ausländerbehörden aufgefordert, zwischen „hochwillkommenen und eher unerwünschten Leuten" zu unterscheiden. Der stellv. CSU-Generalsekretär Herrmann sagte, ein japanischer Ingenieur oder ein Kaufmann aus Brasilien sollten sich beim Ausländeramt nicht in dieselbe Schlange anstellen müssen wie kriminelle Ausländer. **Die Grünen erstatteten Anzeige wegen Volksverhetzung.«**

Seitdem die CSU dann auch noch forderte, Ausländer-Höchstgrenzen in den Mietblöcken des sozialen Wohnungsbaus festzulegen, um eine Ghettobildung zu verhindern, und verlangte, daß Ausländer, die hier bleiben wollen, Deutsch lernen müßten, schäumten alle »Gutmenschen« vor Empörung: Mit solchen Forderungen würden die »Rechtsextremisten« ermutigt statt bekämpft. Die Ausländerbeauftragte Schmalz-Jacobsen erklärte, damit seien »die Grenzen des politischen Anstands verletzt«.

Auf »Anstand« in Bonn wollen wir nicht eingehen. Aber ein Vorschlag: Frau Schmalz-Jacobsen sollte samt Familie eine Wohnung in Berlin-Kreuzberg zugewiesen werden!

Däubler-Gmelin will mit »Hetze« aufräumen

»Wir müssen aufhören, Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufzuhetzen. Die Äußerungen von Unions-Fraktionschef Schäuble, Regierungssprecher Hauser und CDU-Generalsekretär Hintze deuten darauf hin, daß die Union Junge gegen Alte, Deutsche gegen Ausländer, Wessis gegen Ossis jagen will. Das ist schädlich für unser Land.«

(Schröders geplante Justizministerin lt. WAZ vom 9.6.98)

Vielleicht wachen die CDUler ja auf, wenn die Dame Däubler-Gmelin demnächst diktieren sollte, was »Hetze« ist. Schadenfreude ist angebracht.

Besatzungsmächte haben Vorrecht

»Der Sender Freies Berlin (SFB) kann sein Regionalprogramm B1 nicht in das TV-Kabel in Nordrhein-Westfalen einspeisen. Die Landesanstalt für Rundfunk (LfR) in Düsseldorf entschied, daß die Kabelplätze Sendern im Bundesland vorbehalten bleiben. In NRW gäbe es zu wenig Kabel-Kapazität. Zudem müßten belgischen Streitkräften zwei Fernsehkanäle zur Verfügung gestellt werden.«

(Welt am Sonntag, 28.6.1998)

Irgendwer hat mal behauptet, wir seien nach über 50 Jahren Kriegsende ein freies Land ... ?

Liebe Leser - ganz privat!

Unseren herzlichen Dank allen unseren Mithelfern, die es uns in den letzten Wochen durch ihren z.T. großartig aufgerundeten Kostenbeitrag ermöglicht haben, die UN an einige tausend »öffentlich wirksame« Anschriften zu senden. Wir schaffen es einfach nicht, jedem Einzelnen per Brief zu danken!

Das große Echo und Ihre Hilfe haben es ermöglicht, daß wir die Wahlplakate der Bonner Parteien aus den 50-er Jahren (siehe UN 6/98 Mittelblatt) in A4-Größe auf Kunstkarton nachdrucken konnten. Sie sagen alles über die (Un-)Glaubwürdigkeit der Wahlversprechungen dieser Parteien. Inzwischen haben wir erfahren, daß diese Plakate schon an den Wänden etlicher Wahlversammlungen hingen ... !

UN-Förderer erhalten die 3 Plakate natürlich kostenlos.

Erste Folge: Wir wollten in Berlin, der deutschen Hauptstadt, ein Konto für die UN eröffnen. Der Bankdirektor: »Nach Studium der Zeitschrift lehne ich das ab.« Andere Banken möchten nicht in der UN genannt sein, man fürchtet um seinen »guten Ruf«.

Alle Förderer, die sich nicht nur als »Leser«, sondern sich unserem Freundeskreis zugehörig empfinden, bitten wir deshalb, uns einfach die Einzugsermächtigung (siehe unten) zu senden. Sie macht uns von möglicherweise weiteren Kontokündigungen unabhängig.

Mit Dank und Freiheitsgruß!

Ihre UN-Mitarbeiter

Bitte einsenden an: Freundeskreis UN, Postfach 400215, 44736 Bochum

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich den »Freundeskreis UN«, von meinem Konto (jederzeit sofort widerruflich!) folgende Beiträge abzubuchen:

☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich
☐ jährlich ☐ einmalig

einen Betrag von _____ DM

ab (Datum): _____

Meine Bank: _____

BLZ: _____ Konto-Nr.: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Meine Anschrift: _____

_____

_____

EURO-WAHN macht Deutsche arm!

EU will deutsches Wasser

Ob Rinderwahnsinn oder plangemäße Absicht: eine neue EU-Wahnsinns-Richtlinie soll Wasserabgabe an Südländer regeln.

Nach der D-Mark sollen die Deutschen nun auch ihr Wasser abgeben. Bei den Eurotopia-Diktatoren in Brüssel wird eine »EU-Wasserrahmenrichtlinie« vorbereitet, die der Bundesverband der Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) scharf kritisierte: Danach könnten künftig wasserreichere Länder veranlaßt werden, an wasserärmere aus ihren Reserven etwas abzugeben. So wäre es dann denkbar, daß deutsches Grundwasser etwa nach Spanien abgepumpt wird.

Wie Erich Deppe, Sprecher des BGW, feststellt, ist die günstige deutsche Wasserbilanz nicht nur auf regnerisches Wetter, sondern auf den sorgsamen Umgang mit dem Lebensgrundstoff Wasser zurückzuführen. Dank vieler Milliarden DM (allein 1997 z.B. 5,7 Mrd. DM) für die Verbesserung der Rohrnetze haben wir die niedrigsten Wasserverluste im EU-Vergleich. Auch der Pro-Kopf-Verbrauch ist seit 1990 um 17 % gesunken und liegt um untersten Ende der EU-Skala. 87 % der gereinigten Abwässer erreichen bei uns den Reinheits-Höchststand in der EU. Dafür bezahlen wir viel Geld. Andere EU-Länder subventionieren die Wasserversorgung, und entsprechend verschwenderisch wird mit dem Wasser umgegangen. Laut BGW wollen diese Verschwender mit der geplanten Richtlinie nun die deutschen Wasserreserven abzapfen.

Bäume

brauchen Wurzeln und Wasser.

Wir auch.

Beides will man uns nehmen.

Der BGW appelliert nun an Bonn, die neue Richtlinie zu verhindern. Doch da dürfte wenig Hoffnung bestehen. Wenn es darum geht, daß die BR Deutschland »ihren Beitrag leistet zur europäischen Integration«, dann war den Bonner Parteien von Regierung bis Opposition in ihrer Euromanie noch kein Opfer zu hoch.

Besonders in den südlichen EU-Ländern wurden (und werden zum Teil heute noch) rigoros Wälder, die Wasserspeicher der Natur, abgeholzt. Dagegen wird in Deutschland schon seit 200 Jahren mühsam aufgeforstet und alles getan, um die Wälder und jeden einzelnen Baum zu erhalten.

Was sagen eigentlich die euroextremistischen sogenannten »Grünen« dazu, wenn künftig mühsam bewahrtes oder gereinigtes Wasser aus Deutschland in den Agrarfabriken Spaniens oder Griechenlands versickern soll? Bei den Bonner Parteien heißt das »Harmonisierung der Lebensverhältnisse in der EU«

***Wir* meinen, beim Wasser, einer unserer elementaren Lebensgrundlagen, hört der Spaß nun wirklich auf!**

Unsere Bitte an alle Einzelbezieher:

Es nutzt nichts, wenn nur ***Sie*** wissen, was uns droht. Lassen Sie sich immer gleich 2, 3, 5 oder mehr UN-Hefte zur Weitergabe schicken!

Nur mit belegtem Wissen können Sie die Wahlkampfparolen der Dummenfänger auseinandernehmen!

Einsenden an:
UN • Postfach 1826 • D-55388 Bingen (Rhein)

☐ Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Ex. der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungspflichten ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1 Ex. 2.- DM / 10 Ex. je 1.- DM). Eine Spende werde ich überweisen - liegt bei.

☐ Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. Rückporto liegt bei.

☐ Ich bitte um Zusendung von ____ Exemplaren der UN-Ausgabe Nr.: _____ mit - ohne - Kostenbeteiligung (s.o.)

☐ Einen Kostenbeitrag in Höhe von DM _____ lege ich per Verrechnungsscheck / in bar / bei - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name : _____

Straße : _____

PLZ / Ort : _____

Ihre UN-Nr., falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit gedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie die Nummer direkt über der Anrede Herr/Frau)